

Statement

gesamtgesellschaftliche Einbettung und Forderungen

„preguntando caminamos“
„fragend schreiten wir voran“
(zapatistisches Motto)

gemeinsam verfasst mit basisdemokratischer Zustimmung
von Lehrenden und Student_innen der Universität Wien
und der Akademie der bildenden Künste Wien am 27.Oktober 2009.
(im Rahmen der Bildungsproteste in Wien 2009)

Statement gesamtgesellschaftliche Einbettung

Streik bedeutet Arbeitsniederlegung.

Tatsächlich bedeutet der Streik einen enormen Arbeitsaufwand. Seit über einer Woche wird organisiert, koordiniert, kommuniziert, geschrieben, gefilmt, fotografiert, gekocht, Medienarbeit betrieben und vieles mehr.

Die Besetzungen der Universitäten dauern nun schon eine Woche an. Sie kommen nicht von ungefähr. Sie sind Teil und Ergebnis jahrelanger Arbeit von Studierenden, Lehrenden, Arbeitenden und vor allem von außerinstitutionellen und selbst organisierten Personen und Gruppen. Die Schülerinnen und Schüler erklären sich mit den Besetzer_innen solidarisch.

Diese machen nicht nur auf die Missstände an Universitäten, im gesamten Bildungsbereich, in der Gesellschaftsstruktur allgemein aufmerksam, sie analysieren diese, organisieren Widerstand, arbeiten Alternativen aus und leben diese.

Dafür erkämpfen sie sich innerhalb dieser Gesellschaft permanent den Raum und die Zeit.

Ohne die Arbeit dieser unzähligen Personen wären die Proteste hier und heute nicht möglich.

Was hier passiert, ist mit der weltweiten Entwicklung sozialer Bewegungen verknüpft.

Es wird nicht nur die Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Studierenden, Lehrenden und weiterem Universitätspersonal gefordert, sondern die Verbesserung aller Arbeitsbedingungen überall.

Ausdrücklich gemeint sind auch die Arbeitsbedingungen derjenigen, die vertraglich nicht direkt der Universität zugehörig sind, sei es als Reinigungspersonal oder wissenschaftliches Personal.

Die Protestierenden treten dafür ein, diese Arbeitsbedingungen sichtbar zu machen und damit all die unbezahlte und schlecht bezahlte Arbeit, die tagtäglich im Bildungsbereich, im Erziehungs- und Pflegebereich, im Haushalt und in vielen anderen Bereichen geleistet wird.

Die Gesellschaft profitiert von dem Wissen, das in unbezahlten, mit wenig symbolischem Kapital ausgestatteten Bereichen zur Anwendung kommt.

Damit einher geht die Vorstellung eines bestimmten Typs von Arbeitskräften – hochgradig belastbar, zielfixiert und in der Lage, klar definierte Aufgaben schnell auszuführen, ohne Zweifel, ohne die Arbeitsbedingungen in Frage zu stellen. Produziert werden soll Humankapital, produziert werden sollen Standortfaktoren für die Wirtschaft.

Unterstrichen wird all das durch die unzähligen schlecht bezahlten oder unbezahlten Praktika, die zur Stunde geleistet werden.

Mit der Forderung nach einer Verbesserung dieser Arbeitssituationen sind nicht 5 Cent mehr pro Stunde, nicht 3 Euro mehr Kindergeld und auch nicht einfach nur mehr Geld für die Universitäten gemeint.

Mit der Verbesserung der Arbeitsbedingungen sind grundsätzliche gesellschaftliche Veränderungen gemeint - es ist offensichtlich, dass die derzeitige gesellschaftliche Ordnung hauptsächlich Ausschlüsse produziert. Ausschlüsse von Minderheiten, seien es Migrant_innen, Personen mit speziellen Bedürfnissen, ältere Menschen, sozial Benachteiligte.

Ausschlüsse, deren Auswirkungen vor allem auf Kosten von Frauen gehen.

Diese Ausschlüsse werden befördert und umgesetzt über die schein-demokratischen, ökonomisierten, patriarchalen Entscheidungs- und Ausleseprozesse, die in dieser Gesellschaft herrschen. Dazu gehören auch die an den Universitäten angesiedelten Burschenschaften und anderen Männerbünde.

Grundsätzlich jedoch die in Österreich hegemoniale patriarchale, sexistische, antisemitische, antiromais-tische, rassistische, nationalistische, wertkonservative, repressive und schein-demokratische Politik.

Nachdem der Großteil der österreichischen Medienlandschaft zunächst in gewohnter Manier die Proteste verniedlicht bzw. skandalisiert hatte, macht sich jetzt Staunen darüber breit, wie stark, nachhaltig und gehaltvoll diese sind.

Wir weisen die Vereinnahmung der Proteste durch den Rektor der Akademie der bildenden Künste entschieden zurück und erklären, dass diese sich nicht als Speerspitze marktkompatibler gesellschaftskritischer Kunst verstehen.

Wir erkämpfen uns durch die Proteste einen Raum, der auch durch das historische und politische Wissen, das in der Universität angeeignet wurde, vorstellbar wird. Vor allem jedoch wird dieser Raum des Protests von jenen Erfahrungen getragen, die wir zwischen engen Studienplänen und schwierigen Arbeitsbedingungen machen und formulieren.

Das Bologna-Papier sieht die Regulierung von Kompatibilität, von Studienabschnitten und -abschlüssen vor. Von einer verpflichtenden Bachelorisierung ist nicht die Rede.

Die Bachelorisierung der Diplomstudien dient vielmehr der Neoliberalisierung von Bildung und führt langfristig zu neuen Formen sozialer Ungleichheit.

Forderungen

- Wir fordern Antidiskriminatorische Betriebsvereinbarungen und Anti-Diskriminierung als Grundkonsens in allen Bildungseinrichtungen
- Das so genannte Behindertengleichstellungsgesetz muss in allen Institutionen des Bildungswesens umgesetzt werden. Wir fordern barrierefreies Studieren, Lehren und Lernen, d.h. beispielsweise die Verfügbarkeit von Dolmetscher_innen zur Übersetzung in Gebärdensprache sowie infrastrukturelle Maßnahmen für Menschen mit besonderen Bedürfnissen.
- Wir fordern eine 50-prozentige Frauenquote sowie Quoten zur Förderung von Migrant_innen, LGBTQ-Personen (lesbian, gay, bisexual, transgender/transsexual, queer) und weiteren Angehörigen systematisch diskriminierter Gruppen in allen Arbeitsbereichen des Bildungswesens auf allen Ebenen
- Wir fordern gleiches Recht auf Mobilität und Bildung unabhängig von Staatsbürger_innenschaft
- Schluss mit Unterfinanzierung, Wettbewerbslogik und Elitenbildung im Bildungsbereich, d.h. keine Privatisierung und kein Ausverkauf öffentlicher Einrichtung und Güter
- Wir fordern den freien Hochschulzugang und die Abschaffung ökonomischer Kriterien für den Zugang zu Bildung, welche den strukturellen Rassismus und die soziale und ökonomische Ungleichheit aufrecht erhalten
- Wir fordern die Abschaffung aller Studiengebühren und die Aufhebung aller weiteren finanziellen Zugangsbarrieren im Bildungsbereich und zwar unabhängig von Staatsbürger_innenschaft, Alter und Dauer des Studiums
- Die Qualität von Bildung und Lehre soll nicht durch Zugangsbeschränkungen, sondern durch ausreichende Finanzierung im Bildungssektor gewährleistet werden
- wir protestieren gegen Prekarität in Dienstverhältnissen im Bildungsbereich sowie in der gesamten Arbeitswelt muss
- Wir fordern eine demokratische Organisation der Universitäten
- Die gegenwärtig autonomisierten Hochschulen sind nämlich alles andere als autonom im Sinne von selbstbestimmt, sie werden zunehmend entlang von Marktlogiken im Sinne von Effizienz, Wettbewerb und manageriabilen. Leitungsstrukturen umgebaut.
- Wir fordern eine gleichberechtigte Einbeziehung aller 4 Kurien: Studierende, Mittelbau, Professor_innen und allgemeines Universitätspersonal. Wir sprechen uns gegen die Dominanz von Rektorat, Unirat und Ministerium aus. Wir verlangen die Auflösung des Top-Down-Prinzips!
- Wir fordern die Abschaffung des Universitätsrates.
- Wir fordern die Beschneidung der Befugnisse des Rektorats bei gleichzeitiger Aufwertung demokratisch legitimierter Gremien.
- Wir fordern die Abschaffung von quantifizierenden Kontrollmechanismen wie Leistungsvereinbarungen und Wissensbilanzen.
- Wir beanspruchen Budgettransparenz! Das bedeutet Offenlegung aller Finanzaktivitäten und die demokratische Mitbestimmung bei der Budgetverteilung.
- Wir fordern die Ausfinanzierung aller Bildungseinrichtungen
- Wir fordern die Rücknahme der ÖH-Wahlrechtsreform von 2004 und die Wiedereinführung des direkten Wahlmodus.
- Selbst-organisierte studentische Räume müssen geschützt und unterstützt werden. Die derzeitigen Besetzungen zeigen die Notwendigkeit des Austauschs und der Vernetzung in autonomen Räumen.

- Der Bologna-Prozess führt zu einer Verschulung des Studiums. Wir verlangen eine freie und selbstbestimmte Gestaltung des Studiums und daher eine grundlegende Umgestaltung des Bachelor/Master-Systems in folgenden Punkten:

Abschaffung des Selektionsinstruments der STEPs inklusive ihrer Knock-Out-Prüfungen.

Schluss mit den Voraussetzungsketten

Freie Wahlfächer statt Erweiterungscurricula

Abschaffung der intransparenten Anmeldesysteme

Abschaffung der Deadlines für Sozialförderungen.

- ☒ Die Beendigung des angefangenen Diplomstudiums muss gewährleistet sein:

Dazu bedarf es eines entsprechenden Lehrangebots und fixer Äquivalenzlisten sowie der Aufhebung der bestehenden Übergangsfristen.

Aufrechterhaltung aller bestehenden Diplomstudiengänge

- ☒ Gewährleistung der Anrechenbarkeit von Lehrveranstaltungen und Abschlüssen im In- und Ausland

Freie Master- und PhD-Zugänge

- Wir fordern die Erhaltung, die Förderung und den Ausbau kritischer und emanzipatorischer Forschung und Lehre
- Wir bestehen auf der Zusammenlegung des Ministeriums für Unterricht und Kunst und des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung
- Wir reklamieren das Streikrecht für SchülerInnen
- Wir sind gegen die Einführung der Zentralmatura
- Wir bestehen auf ein neues antiautoritäres Beurteilungssystem in Schulen - Sitzenbleiben abschaffen
- Wir verlangen die Restitution aller im Zuge der Shoa geraubten Güter, die sich in „Besitz“ der Universitäten sowie anderer staatlicher Einrichtungen befinden
- Wir bestehen auf der geschichtspolitischen Auseinandersetzung mit der Teilhabe der Wissenschaft und ihrer Institutionen an Kolonialismus, Faschismus und Nationalsozialismus

Wir fordern freie Bildung für alle!

Wir fordern nicht nur einen Stop der Ökonomisierung der Bildung.

Wir fordern einen Stop der Ausbeutung in allen Lebensbereichen.